Fernsprech-Stellen 11 Amt., 609 Amt.-Dresden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Flanelle und Lamas, Neuheiten sämmtlich eingetroffen W. Metzler, Altmarkt 15.

Cl. Zschäckel's Restaurant Hotel Amalienhof. Spezialität: Augsburger Kronen-Bräu, Perle Bayerns. Alleiniger Ausschank.

Richard Kändler, Sophienstrasse 3, am Zwinger-Hotel. Grösstes Lager optischer und elektrischer Waaren. Nebelbilder-Apparate, Laterna magica, Telephone, Glühlampen, Elemente, Brillen, Operngläser, Thermometer, Barometer etc. Fabrik und Contor: Friedrichstr. 14. Telephonanschluss 330.

Julius Schädlich, am See 40. Petroleum-Lampen. Kerzen-Kronleuchter.

Adolf Helm, Wäsche-Manufaktur und Magazin für Braut-Ausstattungen, befindet sich jetzt Ecke Altmarkt, Schreibergasse 1.

Nr. 343. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl. | Dresden, 1885. | Mittwoch, 9. Decbr.

Aussichten für den 9. December: Nordwind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung, ohne wesentliche Niederschläge. Temperatur unter Null. Bemerkung: Oertliche und zeitweise Nebelbildung.

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden

Unter dem Branntwein-Monopole, von dem so viel jetzt die Rede ist, versteht man eine Staatseinrichtung, wornach an Stelle des jetzigen freihändigen Branntweinverkaufs als einziger Abnehmer das Reich künftig den Spiritusbrennern ihren gesammten Trinkbranntwein abkauft und dann mit einem Aufschlage als alleiniger Vertreiber verkauft. Ausgenommen von diesem Monopole ist natürlich derjenige Alkohol, der von den Brennereien zur Ausfuhr nach dem Auslande gelangt; auch erstreckt sich das Monopol nicht auf den zu gewerblichen Zwecken verwendeten Spiritus. Der Staat, d. h. in diesem Falle das Reich, würde nicht wie beim Tabakmonopol den Einzelverkauf des Trinkschnapses direkt bewirken, sondern ihn an die Detailhändler und Wirthe zu Konsumzwecken weiter veräußern. Es kann sich nicht, wie beim Tabak, um ein Fabrikationsmonopol handeln; da müßte das Reich die Brennereien und die Landgüter selbst, auf denen sie angelegt sind, ankaufen und Das verbietet sich von selbst. Der Gedanke des Branntweinmonopols ist aus dem Geldbedürfniß des Reichs entstanden. Da abgesehen von Süddeutschland innerhalb der norddeutschen Brennsteuergemeinschaft 240 Mill. Liter reiner Alkohol konsumirt werden, so würde, wenn das Reich den von den Brennern abgekauften reinen Alkohol um 1 M. den Liter (d. i. 40 Pf. auf den Liter Trinkschnaps) theurer wieder weiter verkaufte, der Schnapsverbrauch künftig immerhin das Dreifache des jetzigen Ertrages von 40 Mill. abwerfen, selbst wenn infolge der Schnapsvertheuerung der Schnapsverbrauch auf die Hälfte heruntergänge. Die Branntweinmonopolfrage hat ihre sehr verschiedenen Seiten. Wie stellen sich die Brenner selbst dazu? Im Allgemeinen kann natürlich eine Industrie nicht wünschen, daß sie es statt mit vielen mit einander konkurrirenden Käufern künftig nur mit einem einzigen Abnehmer zu thun hat, der kraft seines Monopols ihr die Preise diktirt. Da aber das Reich und speziell Preußen herkömmlich auf die Spiritus-Brenner die erdenklichste Rücksicht genommen hat, weil von diesem Nebengewerbe die Lage der Landwirthschaft abhängt und die ritterschaftlichen Brennereien sich vielfach in adligen Händen befinden, so brauchte diese Industrie nicht einen Mißbrauch der Monopolgewalt zu befürchten. Schlimmstenfalls könnten sich die Brenner durch Abschluß von Cartellen gegen zu niedrige Preisangebote des Fiskus schützen, denn der Fiskus darf beim Monopol keinen ausländischen Spiritus ankaufen. Für die Reichsgewalt hat jedes Monopol, außer der finanziellen Ergiebigkeit, noch die verlockende Seite, daß es die Macht der Regierung gewaltig stärkt. Das bisher freie Brennereigewerbe geräth in vollständige Abhängigkeit von der Regierung. Letztere kann Ort und Zeit für ihre Einkäufe wählen und hat es in der Hand, oppositionelle Wahlkreise oder selbst einzelne oppositionelle Brenner zu bestrafen. Ein ganzer Bundesstaat, der nicht Abgeordnete wählt, die nach der Berliner Pfeife tanzen, kann in seiner Landwirthschaft resp. in einem wichtigen Industriezweige durch Nichtankauf seines erzeugten Alkohols empfindlich getroffen werden.

Eine weit anmuthendere Folge des betr. Monopols würde der Rückgang des Schnapsverbrauchs sein. Wie nothwendig eine Einschränkung des Schnapsgenusses ist, darüber ist schon unzählig viel Gutes geschrieben worden. Das Ideal eines Zustandes, in welchem der Branntweinpest am meisten Abbruch gethan werden kann, findet man bekanntlich in Schweden verwirklicht. Dort haben die Gemeinden sämmtliche Einzelverkaufsstellen für Schnaps angekauft und lassen sie allmählig so weit eingehen, daß nur eine zur Bestreitung des wirklichen Branntweinbedürfnisses ausreichende Anzahl übrig bleibt. Da jedoch nicht daran zu denken ist, daß das Reich, wenn es das Branntweinmonopol einführte, auch noch den weiteren Umsturz im Branntweinverkauf nach schwedischem Muster vornehmen wird, so kann diese Seite der Frage vorläufig ganz außer Betracht hier bleiben. Auf alle Fälle würde sich die ganze Nation über einen Rückgang des Schnapsverbrauches freuen. Aber eine nothwendige Folge des Monopols braucht die Einschränkung des Schnapsverbrauches nicht zu sein. Im Gegentheil kann sogar eine Vermehrung eintreten, da das Reich allen erzeugten Alkohol abnehmen muß und die Brenner dann bei der Sicherheit ihres Absatzes an das Reich noch weit mehr brennen würden, als sie jetzt schon thun. Auch könnte das Reich, um vom Schnapse rechte große Erträge zu erzielen, darauf ausgehen, die Konkurrenz des Bieres gegen den Schnaps zu beschränken. So ganz sicher ist also eine Einschränkung des Schnapsverbrauches als Folge des Monopols keineswegs. Inzwischen stehen dem Monopole gewichtige Hindernisse im Wege. Das bedeutsamste ist, daß jeder der drei süddeutschen Staaten eine besondere Branntweinbesteuerung hat und im Allgemeinen wenig Neigung verspüren wird, auf die Einnahmen hieraus zu verzichten. Bayern insbesondere hat soeben ein neues Branntweinsteuergesetz verabschiedet, das den Uebergang zur Fabrikatsteuer anbahnt. Die Fabrikatsteuer besitzt manche Vorzüge vor dem Monopol und den anderen Maßnahmen, an die man bei der Reform der Branntweinsteuer denken kann, z. B. die Erhöhung der Maischraumsteuer oder Einführung einer Reichsschanksteuer. Jede Reform sollte folgende Gesichtspunkte berücksichtigen: Einschränkung des Schnapsverbrauches im Inlande, Hebung des Exports als Entschädigung dafür, Besteuerung in der Weise, daß die kleineren Brennereien betriebsfähig und rentabel erhalten bleiben und nicht die Großbrennereien ungebührlich begünstigt werden; Mehreinnahme für das Reich. Wie aber alle diese Ziele gleichzeitig zu erreichen, das ist eine harte Nuß zu knacken. Am ehesten ist dies bei der Fabrikatsteuer möglich.

Im böhmischen Landtage haben die deutschen Abgeordneten abermals die Friedenshand weit ausgestreckt, um auf einem wichtigen Gebiete, dem der Rechtspflege, einen Ausweg aus den trüben Nationalitätswirren anzubahnen. Abg. v. Plener brachte mit 63 Genossen einen Antrag ein, die Gerichtsbezirke national abzugrenzen. Er fordert die Regierung auf, daß die Sprachenverordnung vom 19. April 1880 für die Kreisgerichtssprengel Eger, Brüx, Leipa, Leitmeritz und Reichenberg aufgehoben, der vormalige, der Gerichtsordnung entsprechende Zustand, nach welchem nur die im Gerichtsbezirk übliche deutsche Sprache bei Gericht zu gebrauchen ist, wieder hergestellt und die nöthige Ausscheidung czechischer Bezirke und Gemeinden aus diesen deutschen Kreisgerichtssprengeln vorgenommen werde. Auf derselben sprachrechtlichen Grundlage wie jener der genannten fünf Kreisgerichte sollen im Sinne des Antrags für die übrigen deutschen Landestheile drei neue Kreisgerichte im Nordosten, Westen und Süden errichtet werden. Die Bezirke sollen in nationalem Betracht möglichst abgegrenzt werden. Endlich sollen auch die Verwaltungsbezirke thunlichst nach sprachlichen Grenzen geregelt werden. Damit würde die grenzenlose Verbitterung der Deutschböhmen über die unselige Sprachenverordnung sich legen; es ist keine Vivisektion eines lebendigen Staatskörpers, sondern die Herbeiführung des Zustandes, daß in ausschließlich deutschen Bezirken das Deutsche wieder die Gerichtssprache wird. Natürlich würde der Antrag nicht wie mit einem Zauberschlage plötzlich einen Umschwung herbeiführen, aber der Schlüssel zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther ist doch damit geboten.

Das Wettrennen zwischen den Konservativen und Liberalen in England um die Stimmen der Wähler hat zu dem von beiden unerwünschten Ergebniß geführt, daß ihre Anstrengungen nur einem Dritten, dem Irländer Parnell, zu Gute kamen. Während im Anfange der Steeplechase die Tories mit den langen Sprüngen geschulter Sportsmänner den althistorischen Rivalen überholten, wurden sie im weiteren Verlaufe von den Whiggs überflügelt und jetzt sind Letztere um 65 Mannslängen voraus. Schon schickten sich die Tories nach den Siegen in den Städten an, in ein echt britisches Hip, Hip, Hurrah! auszubrechen, da erstarb ihnen der Laut auf den Lippen, seitdem die Grafschaftswähler in England und Wales massenhaft für die Whiggs stimmten. Das platte Land ist diesmal zum allgemeinen Erstaunen nicht dem Vorgange der Städte gefolgt. Aber auch die Liberalen jauchzen nicht auf; ihre frühere Prachtmajorität ist, wenngleich ihnen die noch ausstehenden Wahlkreise zufallen, auf 28 gefallen. Gladstone trägt selbst Bedenken, das Ruder zu ergreifen und Lord Salisbury wird voraussichtlich mit einer Minorität im Parlamente die Landesgeschäfte weiterführen.

In der Balkanfrage thut er dies nicht gerade in einer friedensförderlichen Weise. Den englischen Abgesandten trifft allein die Schuld, daß die Konferenz in Konstantinopel so kläglich Schiffbruch litt. Erst hielt Mr. White die Konferenz hin, verlangte bald eine Abänderung, schützte dann wieder Mangel an Weisungen vor und erklärte zuletzt, nachdem das Protokoll allen englischen Wünschen entsprechend abgeändert worden war, die ganze Unterlage als unannehmbar. Dabei hat England den Fürsten von Bulgarien mit Geld zur Kriegführung unterstützt und es ist außer der serbischen Hartnäckigkeit jetzt noch das wesentlichste Hinderniß eines Friedensschlusses. Serbien weigert sich, mit Bulgarien direkt zu verhandeln, da dieses ein Vasallenstaat des Sultans sei, lehnt aber auch die Einmischung des Sultans selbst ab. Serbien verwarf die Bedingungen des Fürsten Alexander als mit der Ehre Serbiens unvereinbar. Vielleicht bringt das eigenhändige Schreiben des Kaisers von Oesterreich an den König Milan, dessen Träger Graf Khevenhüller ist, das Eis um das stolze Herz der Serben zum Schmelzen. Augenblicklich steht es so, daß die Wiederaufnahme des Feldzugs jede Stunde zu erwarten ist. Die alte englische Politik, Oesterreich von Rußland zu trennen und Alles gegen einander zu hetzen, um im Trüben fischen zu können, ist lebhaft bei der Arbeit und leider mit sichtlichem Erfolge.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 8. Decbr.

Berlin. Der Kaiser hat der Wittwe des Staatsministers Bitter einen Jahresgehalt bewilligt. — Der Reichskanzler war für heute Nachmittag beim Kronprinzen zur Tafel geladen. — Prof. Adolf Menzel ist heute an seinem 70. Geburtstage Gegenstand zahlreicher Ovationen geworden. Der Kaiser ehrte den Künstler durch Uebersendung eines huldvollen Kabinetschreibens mit eigenhändiger Unterschrift, und der Kronprinz erschien persönlich, um sein Glückwünsche auszusprechen. Die Akademie der Künste hatte v. Werner, Thumann und Brausewetter entsandt. Im Auftrage des Berliner Künstlervereins erschien eine Deputation unter Führung des Prof. Becker, die Stadt Berlin ließ durch eine Deputation, den Oberbürgermeister v. Forckenbeck an der Spitze, ihre Glückwünsche aussprechen, und die Stadt Breslau, als Geburtsstadt des Gefeierten, überreichte demselben durch eine Deputation des Magistrates in voller Amtstracht, das Diplom als Ehrenbürger. Als Beauftragte der Berliner Universität überbrachten der Rektor Magnifikus Prof. Kleinert, sowie die Professoren v. Treitschke, Curtius und Förster das Diplom der philosophischen Fakultät als Doktor honoris causa.

Köln. Der „Köln. Ztg." wird aus Berlin telegraphirt: Der Ton, den die leitenden russischen Zeitungen in den letzten Tagen Deutschland gegenüber angeschlagen haben, hat hier unangenehm berührt. Er zeigt, daß die Anstrengungen Deutschlands zur Erhaltung des Friedens die verdiente Anerkennung nicht finden und sogar geflissentlich falsch gedeutet werden. Bei den Kundgebungen der russischen Presse ist immer ziemlich sicher anzunehmen, daß sich darin die Ansichten der leitenden Persönlichkeiten widerspiegeln. Gerade diese sollten wissen, daß die deutsche Politik auch in jüngster Zeit wieder entschieden russenfreundlich gewesen ist. — Aus Petersburg wird demselben Blatte gemeldet: Die Stimmung bleibt beharrlich bulgarenfreundlich, selbst das „Journal de St. Petersbourg" hat eine Schwenkung gemacht. Die Aktien des Fürsten Alexander sind erheblich gestiegen und eine Aussöhnung gilt nicht mehr als unmöglich. Nach dem „Journal" ist man in Nisch und Sofia zur Zeit ganz Ohr für gute Rathschläge. Nachdem Oesterreich befriedigende Versicherungen gegeben, glaubt man nicht mehr an den Wiederausbruch der Feindseligkeiten.

Wien. Von serbischer Seite liegen Zusagen vor, daß man die Wiederaufnahme der Aktion unterlassen wolle. Die Blätter bekämpfen die gegen die Mission des Grafen Khevenhüller gerichteten Verdächtigungen der russischen Presse.

Paris. Der Abgeordnete Pichon, Referent der Unterkommission, die mit der Prüfung der diplomatischen Korrespondenz in der Tonking-Affaire beauftragt ist, konstatirt in seinem Berichte die korrekte und wohlwollende Haltung Deutschlands, sowie die Bemühungen des Fürsten Bismarck, China vom Kriege abzuhalten.

London. Das Tory-Kabinet ist nunmehr entschlossen im Amte zu bleiben und hat bereits sein legislatorisches Programm formulirt, welches eine Reform des Volksunterrichtes, der Kreisordnung und der Bodengesetze umfaßt. Die Haltung des Kabinets in der irischen Frage soll von den Forderungen abhängen, welche Parnell stellen wird.

Die Berliner Börse eröffnete fest aber still. Die Voraussicht, daß Serbien den Kampf nicht wieder aufnehmen und daß dem Waffenstillstande in kürzester Frist Friedensverhandlungen folgen werden, hatte auf die Verkehrsentwickelung keinen Einfluß. Später befestigte sich die Haltung noch mehr und die Course zogen an, doch folgte gegen Schluß wieder eine kleine Abschwächung. Darmstädter waren ziemlich lebhaft und höher und zwar in Folge günstiger Dividendenschätzungen. Von deutschen Bahnen waren nur Marienburger niedriger, später schwächten sich auch Ostpreußen ab. Oesterreichische Bahnen bei gutem Verkehre anziehend, Montanwerthe fest und zeitweise belebt, fremde Renten fest aber ruhig. Im Kassaverkehr überwog allenthalben Festigkeit. Privatdiskont 3 Prozent.

Frankfurt a. M., 8. December. Credit 232¼. Staatsbahn 221. Lombarden 108. Galizier 184½. Egypter 64½. 4proc. Ungar. Goldrente —,—. Gotthardbahn —,—. Disconto 200,62. Darmstädter —. Fest.

Paris, 8. Decbr. Schluß. Rente 80,35. Anleihe 108,82. Italiener 96,75. Staatsbahn 557½. Lombarden 281¼. do. Prioritäten —,—. Spanier 55⅛. Oest. Goldrente —. Egypter —,—. Ottomanen 498,00. Bewegt.

London, 8. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99 15/16. 1873er Russen 93¾. Italiener 96. Lombarden 11⅛. Konv. Türken 14⅞. 4proc. fundirte Amerikaner 127½. 4proc. Ungar. Goldrente 79¼. Oesterr. Goldrente 87½. Preuß. Consols —,—. Egypter 64. Ottomanbank 9⅞. [illegible] 51. Platzdiscont 3⅛. — Stimmung: Fest. Wetter: Frost.

Breslau, 8. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,50, pr. April-Mai 39,60, pr. Mai-Juni 40,00. Roggen pr. April-Mai 130,00, pr. Mai-Juni 132,00. Rüböl loco pr. December 134,00, April-Mai 46,50. Zink fest. — Wetter: Düster.

Stettin, 8. December, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen matt, loco 131—144, pr. December-Januar 155,00, pr. April-Mai 157,50. Roggen unverändert, loco 124—125,00, pr. Decbr.-Jan. 130,00, pr. April-Mai 131,50. Rüböl unverändert, loco pr. Dec.-Januar 45,00, pr. April-Mai 46,00. Spiritus behauptet, loco 37,70, pr. Dec.-Januar 38,00, pr. April-Mai 40,20, per Juni-Juli 41,60. Petroleum loco verzollt Usance 1¼ Proc 12,10.

Lokales und Sächsisches.

— Die von uns gestern gemeldete Erkrankung Ihrer Maj. der Königin stellt sich leider als schwerer heraus, als es anfangs den Anschein hatte. Ihre Majestät muß seit Sonntag Abend das Bett hüten, da sie unter ziemlich heftigen Fiebererscheinungen an einer katarrhalischen Mandelentzündung erkrankt ist. Die erste Nacht wachte der königl. Leibarzt Geh. Medizinalrath Dr. Fiedler am Lager der hohen Patientin, die zweite Nacht löste ihn der Oberstabsarzt Dr. Jacoby ab. Wie wir hören, rührt die Erkrankung von einer Erkältung her, die Ihre Majestät am Sonntag befallen hat. Die hohe Frau hatte in den Morgenstunden in der Kgl. Villa zu Strehlen ein Bad genommen, fuhr darauf zum Gottesdienst nach der kathol. Hofkirche in die Residenz und besuchte dann den Wohlthätigkeits-Bazar des Frauen-Vereins. Bei diesem häufigen Temperaturwechsel mag wohl die Erkältung eingetreten sein. Leider ist das Fieber ziemlich hoch, so daß von den Aerzten eine wesentliche Besserung in den nächsten Tagen nicht in Aussicht gestellt wird. Se. Majestät der König wohnte gestern Abend der Aufführung des „Siegfried" im Kgl. Hoftheater in der Altstadt bei, woraus mit Bestimmtheit zu schließen ist, daß der Krankheitsfall Ihrer Maj. der Königin zu keiner ernsteren Besorgniß Anlaß giebt.

— Am Sonnabend fand auf dem Terrain des Frhrn. v. Friesen auf Rötha eine größere Jagd statt, an welcher Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August Theil nahm und zu welcher 25 Herren theils aus der Umgegend, theils aus Dresden Einladung erhalten hatten. Unmittelbar nach dem Erscheinen des Kgl. Prinzen begannen die vom schönsten Wetter begünstigten Treiben. Es wurden zur Strecke geliefert 7 Stück Rehwild, 38 Fasanen, 68 Hasen. Auf die Jagd folgte ein Diner im Schloß zu Rötha.

— Landtag. Die 2. Kammer genehmigte gestern in Schlußberathung mehrere Kapitel des Staatshaushaltes, über welche Abg. Jahn referirte. Ohne Debatte wurden die Zuschüsse von 15,810 Mk. und 7350 Mk. für das Gesammtministerium, den Staatsrath nebst Kanzlei, sowie die Kabinetskanzlei bewilligt, desgl. 46,090 Mk. für das Hauptstaatsarchiv, 870 Mark für das Gesetz- und Verordnungsblatt und 87,000 Mark für die Oberrechnungskammer. Eine kurze, scharf zugespitzte Debatte entspann sich bei dem Kapitel Ordenskanzlei. Abg. Bebel erklärte, daß er und seine Freunde aus den von seinem Parteigenossen Liebknecht während des letzten Landtages auseinandergesetzten Gründen gegen diese Position stimmen würden, um nicht eine Institution gutzuheißen, die seines Erachtens nach nur auf die Befriedigung der menschlichen Eitelkeit berechnet sei. Abg. Ackermann entgegnete ihm, daß es sich bei der Verleihung von Ordensauszeichnungen um die Ausübung eines Rechtes der Krone handle. Daß man der Krone die Mittel zur Ausübung dieses Rechtes bewillige, sei selbstverständlich. Abg. Bebel hätte also höchstens die Frage aufwerfen dürfen, ob durch diese Institution die Steuerzahler ungerechtfertigter Weise belastet würden. Bei der Geringfügigkeit der verlangten Summe (es sind 8900 Mk. gefordert) bedürfe es jedoch keiner bezüglichen Beweisführung. Er glaube, daß man in Sachsen den erhaltenen Orden trage in dankbarer Verehrung für die Stelle, von der er gegeben ist, und diese Treue könne durch die Worte Bebel's nicht erschüttert werden. Präsident Dr. Haberkorn: Auch ich erkläre die Rechte der Krone für unantastbar. Abg. Bebel entgegnete dem Abg. Ackermann, als Abgeordneter habe er das Recht, jeden Titel des Etats zu bestreiten. Wenn es sich hier um ein unantastbares Recht der Krone handele, so hätte man nicht nöthig gehabt, die Position erst der Genehmigung der Kammer zu unterbreiten. Es sei freilich schlimm, wenn sich die Treue nur auf die Ordensmänner erstrecken würde. Jedenfalls würde der Staat gute Einnahmen machen, wenn er Liebknechts Vorschlag befolgen und eine Steuer auf die Orden legen wollte. Abg. Ackermann bezeichnet es nochmals als ungehörig, daß Abg. Bebel die Ordensträger der Eitelkeit beschuldigt habe, wodurch Abg. Geyer sich veranlaßt fühlt, diese Behauptung seines Parteigenossen aufrecht zu erhalten. Der Referent, Abg. Jahn, bemerkt mit trockenem Humor, daß die Herren Sozialdemokraten, wenn sie einmal an's Ruder kommen sollten, gewiß selbst Orden verleihen würden, freilich nach ihrer Art, etwa rothe Schleifen oder dergl. Zum Schluß meint noch Abg. Stolle, es sei jedes Staatsbürgers Pflicht, zum Wohl des Staates beizutragen. Eine Auszeichnung dürfe er für die Pflichterfüllung nicht annehmen. Hierauf werden die geforderten 8900 Mark gegen die 5 Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Hiermit ist die Tagesordnung erledigt. Abg. v. Vollmar bittet, den künftigen Sitzungen etwas mehr Stoff zufließen zu lassen, die 10-Minutensitzungen halte er für nicht angebracht. Präsident Dr. Haberkorn entgegnet ihm, der Wunsch sei recht leicht auszusprechen, aber seine Erfüllung sei schwer. Er müsse sich darnach richten, welcher Stoff zur Berathung bereit sei. Und dieser Stoff sei bis jetzt noch nicht übermäßig groß. Sitzungen aber abzuhalten, scheine ihm unbedingt nothwendig. Er glaube die Zeit am besten auszunutzen, wenn er täglich Sitzungen anberaume und den Deputationen zugleich Gelegenheit gebe, ihre Berathungen abzuhalten. Er könne also der Kammer längere Sitzungen nicht in Aussicht stellen, so lange noch kein Stoff vorliege. Abg. Günther meint, die Klage über kurze Sitzungen habe sich auf allen Landtagen wiederholt, da es stets in den ersten Wochen an Stoff gefehlt habe. Man habe vorgeschlagen, das Beispiel anderer Staaten zu befolgen, den Landtag einzuberufen, die Deputationen zu konstituiren und dann den Landtag wieder zu ver-

Meyer's mollige Schlafröcke Frauenstr. 4 u. 5.